

Bundesverfassungsgericht entscheidet über Kindergeldanspruch und kinderbezogene Bestandteile des Familienzuschlages

Wenn die Kinder eigenes Einkommen haben

Mit Beschluss vom 11. Januar 2005 hat der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts entschieden, dass vom Kind gezahlte Sozialversicherungsbeiträge des Kindes in die Bemessungsgröße des § 32 Absatz 4 Satz 2 des Einkommenssteuergesetzes einbezogen werden müssen. Im Klartext: Vom Einkommen des Kindes sind diese Beiträge abzuziehen.

In der genannten Vorschrift des Einkommenssteuergesetzes heißt es sinngemäß, dass Kinder im Rahmen der Zahlung von Kindergeld und auch im Rahmen der Zahlung der kinderbezogenen Bestandteile des Familienzuschlages nur Berücksichtigung finden,



wenn sie Einkünfte und Bezüge haben, die nicht mehr als 7680,00 Euro im Kalenderjahr (für das Jahr 2005 errechnet) haben. Das heißt, soweit die Kinder mehr als den genannten Betrag im Kalenderjahr verdient haben, entfallen das Kindergeld und auch der kinderbezogene Bestandteil im Familienzuschlag.

Das Bundesverfassungsgericht hat nun festgestellt, dass das Einhalten dieser starren Grenze dann nicht verfassungsrechtlich geboten ist, wenn das Kind von seinem Einkommen Sozialversicherungsbeiträge zahlen muss. Wenn nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge der genannte Betrag nach § 32 Absatz 4 Einkommenssteuergesetz unterschritten wird, bleibt der Anspruch auf Kin-

dergeld und auf kinderbezogene Bestandteile des Familienzuschlages bestehen.

Sozialversicherungsbeiträge sind abzuziehen

Das Gericht führt dazu konkret aus: „Diejenigen Beiträge, die, wie die gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge, von Gesetzes wegen dem Einkünfte erzielenden Kind oder dessen Eltern nicht verfügbar sind und deshalb keine Entlastung bei den Eltern bewirken können, sondern anderen Zwecken als der Bestreitung des Unterhalts zu dienen bestimmt sind, sind nicht in die Bemessungsgröße des § 32 Absatz 4 Satz 2 EStG einzu-beziehen.“

HEIDEMARIE KRALLE

Stimmungsmache gegen den Sozialstaat

Obwohl niemand bezweifelt, dass sich der Sozialstaat in einer tiefen Krise befindet, wäre es falsch, von einer „Krise des Sozialstaates“ zu sprechen, weil damit unterstellt wird, dass der Sozialstaat selbst Auslöser oder Verursacher von Schwierigkeiten, für Fehlentwicklungen unterschiedlicher Art verantwortlich sei. Dabei leidet der Sozialstaat selbst am meisten unter Krisen des bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, das schon seit längerer Zeit weder ausreichendes Wachstum noch einen hohen Beschäftigungsstand zu gewährleisten vermag. Zu schaffen machen ihm neben der sogar in Perioden des Konjunkturaufschwungs kaum noch sinkenden Massenarbeitslosigkeit vor allem das historische Tief der Lohnquote (unter 70% des Bruttoinlandsprodukts; Gewinnquote: über 30% des BIP) und die Strukturprobleme in Ostdeutschland.

Seit ca. 30 Jahren, genauer: der Weltwirtschaftskrise 1974/75, gibt es in Politik und Medien eine perfide Stimmungsmache gegen den Wohlfahrtsstaat. Dieser sei zu teuer, heißt es, werde massenhaft missbraucht und bringe selbst hervor, was er bekämpfen sollte: Arbeits-

losigkeit und Armut. Dabei ist nicht der Sozialstaat unsozial, vielmehr eine Gesellschaft, die sich seiner mit der Begründung zu entledigen sucht, er sei nicht mehr finanzierbar, obwohl sie heute so reich ist wie nie zuvor.

Geld ist genug da, aber meistens in den falschen Taschen, während es gerade dort fehlt, wo man am nötigsten finanzielle Unterstützung braucht. Wird die US-Amerikanisierung des hiesigen Sozialstaates fortgeführt, droht der Bundesrepublik auch eine US-Amerikanisierung der Sozialstruktur. Dann dürften sich Gettos und Slums in den Großstädten, aber auch Massenarmut, Drogenmissbrauch, Straßenkriminalität und Brutalität ausbreiten.

Bei der gegenwärtigen „Umbau“-Diskussion handelt es sich um den umfassendsten Angriff auf den Sozialstaat in seiner gewohnten Gestalt. Es geht längst nicht mehr um bloße Leistungskürzungen, wie noch unter der Regierung Kohl, sondern um einen Systemwechsel. Damit verbunden ist eine gesellschaftspolitische Richtungsentscheidung von wahrhaft historischer Tragweite. Zwar steht nicht der Sozialstaat selbst zur Disposition, wohl aber

steht seine grundlegende Umgestaltung auf der Agenda.

In der aktuellen Reformdiskussion gibt es nur einen Vorschlag, der größere Aufmerksamkeit verdient: die solidarische Bürgerversicherung. Darin wären alle Wohnbürger mit ihrem gesamten Einkommen, egal aus welcher Quelle es stammt – auch Vermögen –, einbezogen. Wenn diese Form der Weiterentwicklung des sozialen Sicherungssystems keine Mogelpackung, vielmehr eine Alternative zum Umbau bzw. Abbau des Wohlfahrtsstaates sein soll, wie ihn vor allem CDU/CSU und FDP im Falle eines Regierungswechsels planen, muss das Konzept im Unterschied zur Gesundheitsprämie der Union mehr und nicht weniger soziale Gerechtigkeit verwirklichen.

Notwendig wäre, dass die Bundestagswahl am 18. September zur Abstimmung über den Sozialstaat würde.

CHRISTOPH BUTTERWEGGE

Anm. der Redaktion: Prof. Dr. Christoph Butterwegge leitet die Abteilung für Politikwissenschaft an der Universität Köln. Soeben erschien im VS – Verlag für Sozialwissenschaften (Wiesbaden) sein Buch „Krise und Zukunft des Sozialstaates“.



LASS Niedersachsen will Studierenden mehr Möglichkeiten bieten selber aktiv zu werden

Zentrales Thema bleiben die Studiengebühren

In den Räumen der GEW-Landesgeschäftsstelle kam es laut GEW-Sekretär Richard Lauenstein zu einem „fast schon historischen Ereignis“. Der Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS) wurde – wieder – ins Leben gerufen, nachdem ein landesweiter Zusammenschluss von Studierenden in der GEW jahrelang nicht existiert hatte.

Zum LASS-Sprecher wurde Moritz Sowada aus der Gruppe Hannover gewählt, als Stellvertreter Lars Thiede und Lars Mörking aus Osnabrück. Alle drei Kollegen sehen die nächsten Schritte des LASS vor allem in der Stärkung der inhaltlichen Zusammenarbeit

aller gewerkschaftlich Aktiven im Hochschulbereich in Niedersachsen. Außerdem muss sich die GEW, gerade im Hinblick auf eine verstärkte Nachwuchsarbeit bei Studierenden, über Seminare und gemeinsame Tagungen ein bildungspolitisches Profil erarbeiten.

Von Seiten der GEW-Landesgeschäftsstelle hat der LASS bereits Rückenwind bekommen. Geplante Aktivitäten der Studierenden sollen nicht an Formalia oder einer mangelnden finanziellen Grundlage scheitern.

Bei einem weiteren vom LASS initiierten Treffen berichtete Holger Schmidt vom Ge-

Neuanfang und Wahlen. Der Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS) wurde jetzt wieder „ins Leben gerufen“ und wählte seine Sprecher. Auf unserem Foto (von links) GEW-Landesvorsitzender Eberhard Brandt, Sinika Stubbe (Hannover), Lars Thiede (Osnabrück), Moritz Sowada (Hannover, LASS-Sprecher) und GEW-Sekretär Richard Lauenstein.

werkschaftstag der GEW in Erfurt, an dem er als Delegierter der niedersächsischen Studierenden teilgenommen hatte. Anregende Diskussionen gab es hierbei vor allem bei der Frage, wie die derzeitigen Veränderungen im Hochschulbereich bewertet werden sollten und wie ein gewerkschaftlicher Strukturaufbau an Universitäten und Fachhochschulen gewährleistet werden soll. Einigkeit herrschte darüber, dass der Widerstand gegen Studiengebühren auf lange Zeit einen Schwerpunkt der Studierendenarbeit bilden wird.

Obwohl der LASS erst am Anfang seiner Arbeit steht, macht er bereits jetzt allen Studierenden in der GEW Niedersachsen ein konkretes Angebot: Auch wenn keine Studierendengruppe am eigenen Hochschulstandort existiert (dies gilt zurzeit leider für ganz Niedersachsen mit Ausnahme von Hannover und Osnabrück), ist eine Einbeziehung in die Studierendenarbeit möglich und erwünscht. Eine direkte Mitarbeit auf Landesebene ist ebenso willkommen wie die gemeinsame Entwicklung von Studierendenarbeit vor Ort. Am Informations- und Erfahrungsaustausch sollen zukünftig jedenfalls alle interessierten Studierenden in der GEW beteiligt werden. Dafür braucht es vor allem lokale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner.

Interessierte Kolleginnen und Kollegen melden sich bitte bei der Landesgeschäftsstelle oder direkt bei den LASS-Sprechern.

Kontakte: GEW Niedersachsen, Berliner Allee 18, 30175 Hannover, Tel. (05 11) 33 80 40, Fax 3 38 04 42, E-Mail: LASS-Sprecher: Moritz Sowada, Hannover: Moritz.Sowada@gmx.de, Stellvertreter: Lars Thiede, Osnabrück: lthiede@web.de, Lars Mörking, Osnabrück: LaMoerk@web.de LARS MÖRKING

Unsere Jubilare im August

Die GEW gratuliert

70 Jahre

Hans-Peter Bartels (Heeslingen)
11. August 1935
Klaus Dieterichs (Lingen)
25. August 1935
Ingrid Eggers (Hannover)
14. August 1935
Mechthild Hinrichs (Oldenburg)
5. August 1935
Gerd Janssen (Norden)
17. August 1935
Käthe Mondwurf (Hambergen)
24. August 1935
Walter Otte (Helmstedt)
25. August 1935

Klaus Schluempmann (Betzdorf)
8. August 1935
Fritz Zimmer (Nordhorn)
4. August 1935

75 Jahre

Ruth Bruns-Eckhof (Ganderkesee)
5. August 1930
Jürgen Fleissig (Wallenhorst)
19. August 1930
Rainer Rothe (Harsefeld)
19. August 1930
Gerda Schulze (Braunschweig)
24. August 1930

80 Jahre

Gustavo Becerra-Schmidt (Oldenburg)
26. August 1925
Hans Burghardt (Wolfsburg)
13. August 1925
Edith Herkendell (Bad Nenndorf)
21. August 1925
Beda Herzer (Tostedt)
16. August 1925
Harro Kettler (Ottersberg)
3. August 1925
Margarete Köther (Braunschweig)
18. August 1925
Elfriede Lehmann (Lüneburg)
9. August 1925
Inge Mauritz (Braunschweig)
14. August 1925
Elfriede Meyer (Stadthagen)
6. August 1925

Georg Obst (Salzgitter)
26. August 1925

Karl Prieß (Holle)
13. August 1925
Anne-Elisabeth Sassen (Dornum)
7. August 1925

85 Jahre

Günter Petrich (Oldenburg)
4. August 1920
Inge Wittmaack (Leer)
25. August 1920

91 Jahre

Günther Lemke (Braunschweig)
9. August 1914

93 Jahre

Georg Lehnert (Hildesheim)
30. August 1912